

17.08.2009

Monika Heinold und Robert Habeck führen Nord-Grüne in die Landtagswahl



Robert Habeck während seiner Bewerbungsrede auf dem außerordentlichen Landesparteitag der Grünen am 15. August 2009 in Neumünster

Robert Habecks Bewerbungsrede um Platz 2 auf der grünen Landesliste zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 27. September

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

2005 habt ihr mich genau hier, in dieser Halle, an dieser Stelle, zum Landesvorsitzenden gewählt. Rot-grün steckte uns in den Knochen. Wir alle waren ernüchert, wie schnell Elan und Idealismus verfliegen waren. Und aus dieser Ernüchterung und Selbstkritik entwickelten wir die Haltung einer neuen grünen Eigenständigkeit, ein Sich-nicht-automatisch-in-irgendwas-einpreisen-wollen, ein sich Stemmen gegen Anhängselum, Macht- und Koalitionsautomatismen. Und kein grüner Landesverband hat bisher wie wir die Kraft aufgebracht, mit dieser Haltung in den Wahlkampf zu ziehen. Und wenn es einen Landesverband gibt, der diese Eigenständigkeit durchzuziehen kann, dann unserer – eben weil wir kein Realo-Haufen sind.

Unabhängigkeit muss man aushalten können. Sie birgt das Risiko, verfälscht oder missinterpretiert zu werden. Dass mir diese Eigenständig nach einem taz Interview als Beliebigkeit ausgelegt wurde, zeigt, dass die Leute mich nicht kennen, schlimmer, es zeigt, dass sie euch nicht kennen! Dass sie unsere Beschlüsse nicht kennen und nicht die Art, wie Entscheidungen bei uns getroffen werden, nämlich offen und hier, auf Parteitag und dass sie bindend sind, dass unsere Inhalte nicht entlang von Kuba oder Jamaika – oder, denkt man den SSW: Rømø-Koalitionen - verschoben werden - und es zeigt, dass sie nicht kapiert haben, dass es in diesem Wahlkampf überhaupt nicht um die Grünen geht, sondern darum, diesem Land wieder einen gesellschaftlichen Zusammenhalt, ein gemeinsames Ziel, eine Zukunft, ein Selbstbewusstsein zu geben. Es zeigt, dass das, was wir uns in den letzten Jahren erarbeitet haben, jetzt als gesellschaftliche Aufgabe vor uns liegt! Und genau der will ich mich stellen. Genau das will ich für Euch verkörpern und erstreiten.

Wir sind keine Koalitionspartei, wir sind eine Inhalte-Partei! Und unsere Inhalte werden wir nicht „mit“ sondern „gegen“ jede Partei durchsetzen müssen. Entweder uns gelingt das, oder wir werden nicht in eine Regierung eintreten. Dem Druck, unsere Inhalte irgendeiner Macht zu opfern, werden wir uns nicht beugen. Opposition ist nicht Mist, sondern der Adel der Demokratie.

Und eine Koalitionsaussage? Das ist unsere Koalitionsaussage: Wir wollen ein Bündnis mit den Menschen in diesem Land! Und wir wollen ein Bündnis für die Zukunft dieses Landes!

Es geht in diesem Kampf, einige glauben, es ist ein Wahlkampf – und springen mal wieder zu kurz – es geht in diesem Kampf – leider - nicht nur gegen ein Zurück zu Kohle und Atom. Es geht darum, dass CDU, FDP – und, was Kohle angeht, auch SPD – in dieser, unserer Gegenwart voll dabei sind, beides auszubauen. Man kann nicht gegen CCS und für neue Kohlekraftwerke sein. Das ist

schlicht unlogisch. Man kann nicht für neue Energie sein und in den Kreistagen immer für E.ON stimmen. Und wer Atomstrom als Ökostrom bezeichnet, beweist nur eins – dass es einen politischen Bildungsnotstand in Schleswig-Holstein gibt.

Eine neue Politik kann nicht in den Strukturen des Alten erfolgen. Es heißt: Wenn der Wind des Wandels weht, dann bauen die einen Mauern, die anderen Windmühlen. Die Mauern der Altparteien und Kohlelobbys, der RWEs und EONs und Vattenfalls, in diesem Kampf werden wir sie buchstäblich im Sturm nehmen!

Und: wir werden Schleswig-Holstein entkrümmeln!

Wir sind der Garant für neues Lernen, dafür, dass die Gemeinschaftsschulen nicht Verwaltungseinheiten werden, sondern Orte der Freiheit und des Lernens mit Lust. Bildung ist mehr und anderes als die möglichst schnelle Verwertbarkeit von Wissen. G8, Profiloberstufe, Zentralabitur, Bachelor/ Master – die schwarz-rote Bildungspolitik bedeutet faktisch die Ökonomisierung der Schulen und Hochschulen. Wir werden die Tendenz umdrehen müssen und Bildung und Kultur zum Freiraum für die Entwicklung von Fähigkeiten machen.

Die wahrhaft Gestrige in der Bildungspolitik ist inzwischen übrigens gar nicht mehr die CDU. Es ist die FDP, die noch immer zum dreigliedrigen Schulsystem zurück will. Ihr Leistungsbegriff ist einer der persönlichen Demütigung und der gesellschaftlichen Spaltung!

Grüne an Kubicki: Wir werden nie eure Erfüllungsgehilfen sein bei Eurem Versuch, das Rad in der Schulpolitik zurückzudrehen, bei dem Versuch, kritische Hochschulen zum Wurmfortsatz der Wirtschaft zu machen und für den Shareholder-Value von Wirtschaft- und Finanzwelt alle Strukturen des sozialen Zusammenhalts zu zerschlagen. Jede Stimme für die FDP ist eine, die die Krise der Gesellschaft weiter verschärft. Keine Stimme für die FDP! Die FDP wird im deutschen Parteiensystem nicht mehr gebraucht. Schwarz-geld darf keine Mehrheit bekommen. Und sie werden keine Mehrheit bekommen! Und wir werden sie brechen!

Grüne an Carstensen: Wir sind nicht Ihr kommender Koalitionspartner, wir sind die, die Ihnen den Kampf um die Zukunft des Landes ansagen. CDU - wir werden deutlich machen, dass ihr das alte Eisen seid, das in Schleswig-Holstein nicht mehr gebraucht wird. Ihr macht Schleswig-Holstein zu einem Gewerbegebiet, zu einem Spielplatz der Energielobbys. Und das nennt ihr dann Heimat. Keine Stimme für eine Partei, die Heimat mit Beton und Asphalt verwechselt! Keine Stimme für die CDU!

Und erst Recht keine Stimme für die CDU, nachdem sie sich traut, ihre Kampagne unter das Motto „Stabilität statt Stegner“ zu stellen. Das ist ungehörig. Das ist schäbig. Das ist schlechtester schleswig-holsteinischer Stil und dafür gehört sie abgestraft!

Aber, lieber Herr Stegner, ganz ungeschoren kann ich auch die SPD nicht lassen. Sie sind hier auf einem grünen Parteitag. Hier geht es härter zu, als Sie es vielleicht gewohnt sind. Hier wird Tacheles geredet: Das Polizeigesetz, der Verkauf der Kohlekraftwerksflächen, die Belt-Querung, die Profiloberstufe, die völlige Preisgabe des Umweltschutzes – das alles habt ihr gewollt und gemacht. Hört auf, euch hinter der CDU zu verstecken, sondern steht zu eurer Politik. Und dann akzeptiert, dass eure Politik nicht unsere Politik ist. Auch sie verfehlt die Herausforderungen der Zukunft, weil sie zentralistisch, un-ökologisch und industriehörig ist. Sich gegen die Privatisierung von Bildung auszusprechen, aber Schulreformen zu machen, die Schüler reihenweise in die Nachhilfe und Studierende in die Nacharbeit treibt, passt nicht zusammen. Wer will, dass die SPD wieder eine vernünftige Partei wird, der wählt die Grünen. Deshalb: alle Stimmen für die Grünen!

Die enttäuschten SPD-Wähler, die CDU-Wähler, die Heimat nicht mit Kohlekraftwerken über oder unter der Erde verwechseln, die Liberalen, die nicht raffgierig sein wollen, sie alle lade ich ein, uns zu wählen und mit uns Schleswig-Holstein neu zu erfinden.

Meine politische Arbeit zielt genau darauf – auf den Kern der Gesellschaft, das, was man soziale Frage nennt und was in Wahrheit tausende und abertausende von Schicksalen sind, von Menschen, die anders leben, arbeiten und lieben und andere Probleme haben, als die Politik Antworten bereit

stellt. Und deshalb ist die grüne Unabhängigkeit für mich keine angelesene oder strategische Haltung, sondern eine Grundsatzfrage. Arbeit und sozialen Zusammenhalt der Wirtschaft und ihrem Wachstum nachzuordnen, führt zwangsläufig zum Druck auf Löhne, Sozialsysteme und zur Privatisierung. Das Denken, dass Wirtschaft den Reichtum schafft, den wir im Sozialen, in Kultur und Bildung dann verteilen, ist ein Denken der Vergangenheit. Es hat uns letztlich in diese Krise geführt. Und aus ihr heraus führt nur neues Denken – und neues, entschlossenes politisches Handeln!

Nur eine Reparatur maroder Strukturen, ein ausspielen der Klimakrise gegen die Wirtschaftskrise verfehlt in dramatischer Weise die moralische Herausforderung unserer Zeit: Wir müssen endlich im 21. Jahrhundert ankommen, unsere Wirtschaft auf einen Klima- und umweltpolitischen Pfad bringen und die Wunden des letzten Jahrhunderts heilen.

Wir brauchen eine neue Wirtschafts- und Arbeitskultur, Mindestlohn, Gleichberechtigung, Individualisierung von Sozialleistungen, Mitbestimmung in den Betrieben, neue Teilzeitarbeitsmodelle, lebenslangen Lernen, Ökologie als Vorbild für nachhaltiges Wirtschaften, eine neue Betriebskultur. Wir müssen sie hier im Land umsetzen!

Wir brauchen ein Netzwerk von Forschungseinrichtungen, Kreativität und kulturelle Vielfalt und eine Wirtschaftsförderung, die sich konsequent am Kriterium der Nachhaltigkeit ausrichtet. Förderprogramme, die Baulöwen reich machen und Kinder arm können wir uns nicht mehr leisten.

Und deshalb gehören Bildung, Arbeit und Energie zusammen, deshalb fügen sie sich zu einem grünen Gesellschaftsentwurf: dezentral, demokratisch, erneuerbar – im buchstäblichen wie metaphorischen Sinn. Ich will diese neue Energie in die Politik bringen. Und ich will die grüne Eigenständigkeit durchhalten, - auch gegen Missinterpretationen, weil sie DIE Haltung ist, Demokratie zu erneuern und die Politik in diesem Land aus ihrer Glaubwürdigkeitskrise herauszuführen.

Die Zukunft ist noch nicht verloren – sie ist erneuerbar! Und wir werden die Kraft sein, die sie erneuert.